

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 67 II
Fernsprecher: Köningplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erschient jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilprogras Berlin

Bereinzelt seid ihr nichts — Vereint alles!

Aussagen die sechsgepaaltene Kleinzeile 160 Mar
Anzeigen- und Werbandselder sind an Otto Behms, Berlin D 27
Magasinstraße 67/II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mar

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Die Frauen der Textilindustrie (I). — Innere Gefahren. —
Stremerei! — Berufsberatung. — Beschäftigung der
deutschen Textilindustrie im Januar 1923. — Steuer. — Verordnung
über Wochenhilfe und Wochenfürsorge. — Die Gelden des kommuni-
stisch-syndikalistischen Putches vom November 1922. — Zur Arbeit-
erinnenbewegung. — Jugend. — Aus der Textilindustrie. — Gesund-
heitswesen. — Zeitgenosse! — Vermischtes. — Berichte aus Fach-
kreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsa-
kteil: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (II).

Die Frauen der Textilindustrie.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat jetzt eine Arbeit abge-
schlossen, durch welche er
1. die Zahl der in Deutschland vorhandenen Textilbetriebe, nach
Größenklassen geordnet, und die Zahl der darin beschäftigten Ar-
beiter, getrennt nach Geschlechtern und nach Erwachsenen und
Jugendlichen bis zu 16 Jahren,
2. die Zahl der in den erfassten Textilbetrieben beschäftigten ver-
heirateten Frauen einschließlich der verwitweten, geschiedenen und
getrennt Lebenden,
3. die Lage der unter 2 genannten Frauen (Alter, Kinderzahl,
Grund der Erwerbstätigkeit, Berufstätigkeit des Mannes) und andere
wichtige Tatsachen festgestellt hat.

Diese Arbeit wird in einer Broschüre unseren Mitgliedern zugäng-
lich gemacht werden. Es ist das erste Mal, daß der Verband sich einer
so umfangreichen Arbeit unterzieht. Niemand aber ist eine Erhebung
dieser Art so notwendig gewesen wie heute. Es gilt vor allen
Dingen den immer stärker werdenden Auktum gegen den Acht-
stundentag überhaupt und die 46-Stunden-Woche, die in der Textil-
industrie besteht, abzuschlagen resp. diese Erwerbseigenschaften zu ver-
teidigen. Im Vorwort weist der Vorstand darauf hin, daß für uns
Textilarbeiter die zahlreich Beschäftigung von Frauen in der Textil-
industrie ein ganz besonderer Grund dafür ist, für eine kurze Ar-
beitszeit zu kämpfen.

Schon im Jahre 1907, dem Jahre der letzten Berufs- und Be-
triebszählung, bestand die deutsche Textilarbeiterschaft zur reichlichen
Hälfte (51,2 Proz.) aus Frauen und Mädchen. Heute ist deren Zahl
auf rund zwei Drittel angewachsen. Die Frauenerwerbsarbeit hat
sich also in der Textilindustrie mit riesigen Schritten entwickelt. Wer
nun neben der Erwerbsarbeit noch einen Hausstand versehen muß,
was bei fast allen verheirateten Frauen der Fall ist, braucht wenig-
stens an einem Tag der Woche genügend freie Zeit, um diejenigen
häuslichen Arbeiten zu erledigen, die sich morgens vor Beginn der
Arbeit und in den Arbeitsstunden nicht bewältigen lassen. Für die
verheiratete Arbeiterin ist das Maß der häuslichen Arbeiten beson-
ders groß. Sie ist nicht nur Fabrikarbeiterin, sondern auch Haus-
frau, Mutter und Erzieherin ihrer Kinder. Die arbeitende Frau hat
deshalb eine vielfache Last zu tragen, und je länger die tägliche Ar-
beitszeit ist, um so drückender wirkt sie.

Die Verwendung der verheirateten Frauen in der Textilindustrie
ist schneller gestiegen als die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte
überhaupt. Zählte man im Jahre 1907 unter 100 Textilarbeiterinnen
20 verheiratete, so haben wir festgestellt, daß heute jede dritte Texti-
larbeiterin verheiratet ist oder war. 57,4 Proz. dieser verheirateten
oder verheiratet gewesenen Frauen haben schulpflichtige Kinder zu
erziehen. Durch die Feststellungen wird scharf hineingeleuchtet in
die sozialen und wirtschaftlichen Zustände der Gegenwart.

Das Ergebnis der Umfrage ist eine furchtbare Anklage gegen die
kapitalistische Gesellschaft. Die ermittelten Zahlen reden eine dring-
liche Sprache und rufen jedem, der hören will, zu:

Die Arbeitszeit darf nicht verlängert werden!

Der erste Teil der Broschüre behandelt

die Zahl der Textilbetriebe Deutschlands und der darin beschäftigten Personen.

Es wird gleich von vornherein festgestellt, daß es nicht die Absicht des
Verbandes war und sein konnte, bei dem uns zur Verfügung stehen-
den Apparat sämtliche Textilbetriebe Deutschlands zu erfassen.
Immerhin ist die Grenze soweit wie möglich gesteckt worden. Aus
diesem Grunde sind auch Mitglieder anderer Verbände und Unorgani-
sierter mitgezählt worden. Die Heimarbeitsbetriebe sind von vorn-
herein ausgeschlossen. Die Betriebe mit 1 bis 5 beschäftigten Per-
sonen konnten nur zu einem geringen Teil erfasst werden, und zwar
deshalb, weil in zahlreichen Fällen hier nur Familienangehörige
des Betriebsinhabers beschäftigt sind. Aus diesem Grunde bleiben
die von uns erfassten Betriebe niedrigerer Größenklassen erheblich
hinter der Zahl der Betriebe zurück, die 1907 durch die amtliche
Zählung festgestellt worden sind. Es ist anzunehmen, daß bei der
Erhebung ein Teil der Betriebe nicht mit erfasst worden ist, die
wohl in der amtlichen Betriebszählung von 1907 erfasst wurden.

Ausschnitte aus der Geschichte der Textil- arbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt
von Ernst Niekisch.

2. Aus den Zeiten handwerksmäßiger Produktion.

In den Städten sahen die Weber, Barchener, Züchner und stellten
auf einfachen Stühlen Leinen, Jüllisch, Drillisch, Damast, Schleier
und andere Gewebe her. Sie hatten sich in Zünften zusammenge-
schlossen und achteten streng darauf, daß die Zunftgebäude hoch-
geachtet werden. Diese Zunftgebäude hatten ihren gesellschaftlichen,
politischen und wirtschaftlichen Sinn. An Sonntagen versammelten
sich die Meister zu gemeinsamem Rittgang; im Gotteshaufe hatten
sie ihre eigenen Plätze. Nach dem Gottesdienst versammelten sie
sich zu geselligen Zusammenkünften; da wurde gewürfelt, getrunken,
gesungen und beklammert. An Wochentagen wurde über Angelegen-
heiten der Zunft beraten; hier enthielt sich der politische und wirt-
schaftliche Sinn der Zunft. Was hatte zu geschehen, um den politi-
schen Einfluß der Zunft auf die Zusammenfassung des städtischen
Rats zu erhalten oder zu vermehren? Man wollte die Richtung
der städtischen Politik entscheidend mitbestimmen; man wollte Rat-
sherr sein oder doch wenigstens Ratsherren machen. Denn die Politik
des Rats war bedeutsam für die Entwicklung des Geschäftsganges,
für Gedeih und Verderb des Handwerks. Da gab es Verordnungen
über Einfuhr und Ausfuhr, über Zollaufschläge und Stapelange-
legenheiten, die je nach ihrer Beschaffenheit mehr oder weniger vor-
teilhaft sich auswirken konnten. Es ergingen Verfügungen, durch
die eine Prüfung der Güte aller angefertigten Waren veranlaßt
wurde; die Handwerksmeister wollten bei der Ausarbeitung dieser
Prüfungsordnungen nicht ausgeschaltet sein. Zuweilen hielt es eine
Ratsversammlung sogar für angebracht, die Höhe der Preise fest-

Immerhin haben wir einen so großen Teil von Betrieben erfasst,
daß an der absoluten Erfassung nur wenig fehlt. Dieses geht schon
daraus hervor, daß, gemessen an der Mitgliederzahl unseres Ver-
bandes, die Beteiligung 99,6 Proz. betrug.

Der Hauptzweck dieser Erhebung, die Zahlen der männlichen
und weiblichen, erwachsenen und jugendlichen Beschäftigten in ihren
Größenverhältnissen festzustellen, ist vollkommen gelungen.

Erfasst wurden 8999 Betriebe mit 805 127 Beschäftigten, 300 976
männlichen (37,4 Proz.) und 504 151 weiblichen (62,6 Proz.). Die
Verhältniszahl der weiblichen Beschäftigten ist geringer als sie sich
sonst in den Zahlen der Organisierten ausdrückt. Das kommt daher,
daß wir die Heimarbeiter nicht mitgezählt haben, die ja
fast ausschließlich weiblichen Geschlechts sind. Die Hundertzahl der
Frauen ist im Bezirk Biegnitz am höchsten (68,8), dann folgen die
Bezirke Dresden (67,1), Stuttgart und Berlin (je 65,9), Augsburg
(62,7), Cassel (60,1), Hannover (59,3), Gera (57,6). Im Bezirk
Barmen ist die Zahl am niedrigsten (51,0), 7,6 Proz. der Gesamt-
zahl der Beschäftigten sind jugendliche Personen unter 16 Jahren.
Hier fällt auf, daß unter den Jugendlichen das weibliche Geschlecht
stärker vertreten ist (68,8 Proz.) als unter den Erwachsenen
(62,1 Proz.). Das scheint darauf hinzudeuten, daß in Zukunft die
Frauenarbeit in der Textilindustrie noch stärker als jetzt vorherrschen
wird.

Aus der Tabelle 2 geht klar hervor: Im heutigen Deutschland
(ohne Elsaß-Lothringen) haben die textilen Großbetriebe mit mehr
als 200 Beschäftigten stark zugenommen. Unsere Zählung ergab
955 solcher Betriebe mit 474 666 Arbeitnehmern. Dagegen wurden
im Jahre 1907 in den gleichen Gebietsstellen des Deutschen Reiches
nur 917 Textilbetriebe dieser Größenklasse gezählt. Die Anzahl der
in den Großbetrieben der Textilindustrie überhaupt beschäftigten Per-
sonen war von uns nicht zu ermitteln. Insgesamt gab es 1907 in
Deutschland einschließlich Elsaß-Lothringen 1014 Betriebe mit mehr
als 200 Arbeitern. Diese beschäftigten zusammen mit
den Betriebsleitern 416 340 Arbeitnehmer.

Durch graphische Darstellungen werden die Größenverhältnisse
zueinander, einmal die der Männlichen und Weiblichen, und dann
die der Erwachsenen und Jugendlichen für die einzelnen Gaue fest-
gestellt.

Der zweite Teil behandelt die Zahl der verheirateten Frauen, die in den deutschen Textilbetrieben beschäftigt sind.

Im Reichsdurchschnitt sind 38 Proz. aller Textilarbeiterinnen ver-
heiratet oder verheiratet gewesen. Der Gau Berlin mit 68,4 Proz.
erreicht fast das Doppelte des Reichsdurchschnitts. Mehr als zwei
Drittel der Textilarbeiterinnen dieses Gaues sind verheiratet oder
waren verheiratet. In geringem Abstand folgt Gau Augsburg mit
der Hundertzahl 57,7. Auch hier ist die Zahl der verheirateten
Textilarbeiterinnen noch größer als die der Ledigen. Fast die
Hälfte aller Beschäftigten sind verheiratet, im Gau Gera 45,4 Proz.,
die anderen Gaue folgen im weiteren Abstand. Im Gau Dresden
sind 34,9 Proz., im Gau Stuttgart 35,5 Proz. und Gau Hannover
31,4 Proz., im Gau Barmen 28,1 Proz. der weiblichen Beschäftigten
verheiratete Frauen. Während der Gau Cassel mit der Hundertzahl
24,7 an letzter Stelle steht. Daraus ergibt sich, daß fast der vierte
Teil (28,8 Proz.) der Beschäftigten beiderlei Geschlechts verheiratete
Frauen sind. Im Gau Berlin ist die gesamte in Textilbetrieben
beschäftigte Arbeiterschaft fast zur Hälfte (45 Proz.) aus verheirateten
Frauen zusammengefaßt. Es schließen sich an: Gau Augsburg
mit 36,2, Gau Biegnitz mit 29,9, Gau Gera mit 26,1, Gau Dresden
mit 23,4, Gau Stuttgart mit 22,1, Gau Hannover mit 18,6, Gau
Cassel mit 14,8 und endlich Barmen mit 14,3 verheirateten Frauen
auf je hundert der sämtlichen Beschäftigten.

Im weiteren werden ortswise tabellarisch die erfassten Betriebe
der darin beschäftigten Arbeiter, getrennt nach Erwachsenen und
Jugendlichen und Geschlechtern, aufgeführt. Die Erhebung zeigt, daß
in der deutschen Textilindustrie die Erwerbsarbeit der verheirateten
und verheiratet gewesenen Frauen sowie der Frauen überhaupt eine
wesentliche Rolle spielt. Die Frau ist das überwiegende Element
innerhalb der Textilarbeiterschaft. Alle Maßnahmen, die in der
Textilindustrie getroffen werden müssen unter dem Gesichtspunkt
der Frauenarbeit besonders behandelt werden, und zwar, wie schon
angedeutet, weil die Frauen außerhalb der Fabrik noch eine große
Arbeitslast zu erledigen haben. Bei allen Maßnahmen, namentlich
bei Regelung der Arbeitszeit, ist auf die Frauenarbeit Rücksicht zu
nehmen. Es ist festgestellt worden, daß von je 100 beschäftigten
verheirateten Frauen reichlich 57, also mehr als die Hälfte,
unerwachsene Kinder zu erziehen und zu ver-
sorgen haben. Dabei ist die Kinderzahl der einzelnen Frauen
nicht gering. Diese Tatsachen müßten eigentlich schon die Stimmen
der sogenannten Wissenschaftler und sogenannten Nationalökonomien
vom Schlage eines Georg Gothein verstummen lassen, die fort-

gesetzt darauf hinweisen, daß die Textilarbeit eine so leichte sei, daß
in derselben eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden pro Tag an-
gebracht sei.

In einem weiteren Abschnitt wird der Zivilstand der antworten-
den Frauen besprochen. 32 247 Frauen, das sind 70,1 Proz. der
Berichtenden, waren noch verheiratet, 11 433 oder 24,9 Proz. ver-
witwet, 1424 oder 3,1 Proz. von ihrem Manne geschieden und 89
oder 1,9 Proz. lebten von ihrem Manne getrennt. Diese Klein-
überblick zeigt uns schon, daß von den Kolleginnen, die
eine Ehe eingegangen waren, rund 30 Proz.
wieder ohne Mann waren, d. h. als Alleinerbähre-
für sich und ihre Familie sorgen müssen. Von je 10 einstmalig ver-
heirateten Frauen sind also jetzt drei ohne Mann.

Die Hauptursache dieser bedauerlichen Erscheinung war der Krie-
g. Wie alles andere, so hat auch er das Familienleben dieser Arbeit-
erinnen zerstört. Unter solchen Kriegsverwüstungen haben einzelne
Vandeseite besonders stark gelitten. So steht beispielsweise der
Gaubezirk Berlin mit 32,3 Proz. Witwen unter den verheirateten
und verheiratet gewesenen Textilarbeiterinnen obenan. Aus
der Gau Hannover hat 30,7 Proz. Witwen, während der Gau
Augsburg mit 14 Proz. Witwen am günstigsten im ganzen Be-
zugsgebiet dasteht. Der Gau Barmen hat 15 Proz. Witwen, der
Gau Stuttgart 18,1. Die übrigen Gaubezirke stehen mit 25,5 bis
29 Proz. Witwen sämtlich über dem Reichsdurchschnitt der Textil-
industrie, der, wie oben angegeben, 24,9 Proz. beträgt.

3,1 Proz. der erfassten Frauen waren geschieden.
Über diesem Durchschnitt stehen die Gaue Hannover (5,6 Proz.)
Berlin (5,1 Proz.), Cassel (4,7 Proz.), die Gaue Barmen und Ge-
ra mit je 3,5 Proz. und Dresden mit 3,2 Proz. Die übrigen Gaue
stehen unter dem Durchschnitt: Gau Biegnitz mit 2,3 Proz., und in
den kleinsten Zahlen die Süddeutschen: Gau Stuttgart mit
1,8 Proz., Gau Augsburg mit 1,7 Proz. der erfassten Frauen.

Das gleiche Bild zeigen uns die Hundertjahre der von ihren E-
hemännern getrennt lebenden Frauen. Der Gau Hannover
zählt unter diesen 5,0 Proz., der Gau Berlin 3,5 Proz., währen-
der Gau Augsburg mit nur 1,3 Proz. der getrennt lebenden Frau-
en an unterster Stelle der Gaubezirke steht. Bei Zusammenfassung der
Hundertjahre der beiden Gruppen: geschiedene und getrennt leben-
den Frauen ergibt sich eine noch schärfere Unterscheidung in den einzel-
nen Gaubezirken: Gau Hannover zusammen 10,6 Proz., Berlin 8,6 Proz.,
Cassel 8,1 Proz., Gera 5,9 Proz., Barmen 5,3 Proz., Dresden
4,9 Proz., Biegnitz 4,0 Proz., Stuttgart 3,4 Proz. und Augsburg
3,0 Proz. — Wir greifen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, da-
von den geschiedenen und getrennt lebenden in der Textilindustrie-
tätigen Frauen manche den ihnen vorgelegten Fragebogen aus Un-
stimmten Gründen nicht beantwortet haben und daß das festgestell-
te Ergebnis deshalb noch hinter dem wirklichen zurückbleibt.

Innere Gefahren.

Vielleicht schwebte die Republik noch niemals in größerer Gefa-
hr als gegenwärtig. Katastrophen weisen in der Regel ihre Schatt-
seiten rechtzeitig bemerken zu können. Sie pfeifen das Unheil selbst
nicht wahrzunehmen, wenn es unmittelbar vor der Tür steht. In
solchgedes unterbleiben die Vorkehrungs- und Sicherungs-
maßnahmen; tritt dann das Ereignis in die Erscheinung, dann wird
es ebenso überraschend und plötzlich wie niederschmetternd. Die
Feinde der Republik sind der Ueberzeugung, daß ihre Früchte die
Reife entgegengehen. Die Ruhrbesetzung wurde willkommener An-
laß, die nationalistischen Leidenschaften zu entfachen. Die Maß-
nahmen der Regierung sind darauf berechnet, Del in dieses Feuer
zu gießen. Die Proteste, die Feststellung „feindlicher Gewalttaten“
die Greuelberichterstattung peitschen in geradezu frenetischem Maß
die Stimmung auf. Die Verzögerung des Verhandeln, die Be-
sicherungen des Durchhaltewillens schenken Gelegenheiten, den Nach-
druck und Bergeltungshaf zu entfesseln. Zwar weiß man, daß
augenblicklicher Krieg nicht zu führen ist. Indes ist man am Werk
verheißungsvolle Voraussetzungen zur Kriegführung zu schaffen.
Der kriegerische Geist hat schon weite Kreise des deutschen Volk-
ergriffen. Er ist entzündet. Es fehlen allerdings noch die Mittel
für ihn, die Tanks, Geschütze und Gasbomben. Man hofft, aus
ihm zu bekommen. Wer weiß, so rechnet man, ob nicht von England
und Amerika Waffen zu kaufen sein werden. Die Gegenläufe zwischen
den angeschlossen Mächten und Frankreich werden sich, so geht
die Hoffnung, je länger desto mehr zuspitzen. Haben diese Gegen-
läufe nur erst eine gewisse Schärfe erreicht, ach ja, dann werden
England und Amerika nicht mehr spröde sein; sie werden sich zu
den Waffengeschäften, an denen gut zu verdienen ist, gerne verstehen
lassen. Allerdings muß da noch einige Geduld geübt werden. Bis dahin
empfehl ich es sich, mit dem kleinen Banden- und Guerillakrieg zu
beginnen. Wie kann man da die Franzosen reizen und zermürben!

Wie die Meister in Zünften, so waren die Gesellen in Gesellen-
verbänden zusammengefaßt. Auch hier wurde gemeinsam geratet
und getatet, wurde getrunken und getanzt, wurden aber auch Ar-
beitskämpfe beschlossen und zu Lohnforderungen angespornt. Da
freilich ein Bruchteil der Gesellen stets Auslicht hatte, Meister zu
werden, sei es durch Beerbung des Vaters, sei es durch Heirat einer
Meisterwitwe oder Meisterstochter, überschritt der Radikalismus
der Gesellen selten gewisse Grenzen. Der Geselle, der hoffte, bald
Meister zu sein, bangte doch zumeist im Innern daran, daß die Ge-
sellenrechte ihm später un bequem zu werden vermöchten. In Ge-
birgsdörfern und in armen Gegenden des flachen Landes war das
unzünftlerische Gewerbe zu Hause. Da wurde im Neben-
beruf gesponnen und gewebt. Die Dörfler kauften von Garnhändlern
das Garn, wobei sie zumeist betrogen und beschwindelt wurden;
sie verarbeiteten das Garn alsdann zu Geweben und brachten die
fertige Ware zur Stadt. Die Bürger prüften — und wurden dabei
nicht selten von den armen Webern aus Not hinter das Licht geführt —
kauften, appetitierten die Ware auf ihren Weichen und han-
delten mit ihr. Die Ware ging zum Teil ins Ausland; dabei gab es
in der Regel gut zu verdienen. Die Bürger der Städte erwirkten
kaiserliche oder fürstliche Verordnungen, auf Grund deren sie allein
zu solchem unmittelbaren Auslandshandel berechtigt wurden; die
dörflerischen Weber sollten an diesen Auslandsgewinnen nicht teil-
nehmen und sie nicht beeinträchtigen dürfen. Und wie der von
Natur Unzufriedene immer auch noch das Stiefkind der Obrigkeit ist,
so hatten sich diese armen dörflerischen Weber noch allen möglichen
fauligen Beschwerden zu fügen. Weber Garn noch handels-
fertige Ware wurde im allgemeinen kontrolliert. Ungehindert gab
der Garnhändler schlechtes Garn, und unbestraft gebrauchte der ins
Ausland handelnde Bürger betrügerische Maße. Hinter dem Weber
aber waren Stempeler und Schaumeister her, welche ihm auf die
Finger sahen, ihm Gelbbüßen auferlegten oder ihn zuweilen gar
ins Gefängnis brachten. Die Lage dieser dörflerischen Weber war
zu keiner Zeit beneidenswert gewesen.

Und wenn das Volk täglich von Helidenten und Hufarenstücken solcher Bandenführer hört — man denkt dabei an die Schiffschiffere aus der Befreiungszeit vor 100 Jahren —, dann schlägt sein Herz hoch; überall wächst die Ungebuld, mitzutun; es wird nicht an Soldaten fehlen, wenn der Bandenkrieg durch einen regelrechten großen Krieg abgelöst werden wird. Für diesen Augenblick stehen im Hintergrunde schon die Generale und Leutnants bereit. Sie erschauern die Stunde, in der zum erstenmal wieder die Uniform etwas gelten wird. Wieder werden Bauernjungen und Proleten strammstehen; wieder werden sie mächtig, allgewaltig, unfehlbar sein. Der Diktator, dem sie zujubeln, wird keinen Widerstand mehr finden; die Republik mit ihrer alten Demokratenjahre wird niedergedrückt, und die Monarchie mit ihren Orden und Titeln und ihrem liebevollen Verständnis für kriegerische, aber machtungrige Byzantiner wird wieder auferstehen. Wir stehen mitten im Flusse dieser Entwicklung. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns darüber täuschen würden. Untersucht wird diese Entwicklung durch unsere besitzenden Kreise. Sie sehen sich in einer Sackgasse. Bisher haben sie sich bereichert und von allen Lasten und Leistungen gedrückt. Frankreichs Zugriff hat sie nunmehr an ihrer Kehle. Fast können sie dem Zwange, bezahlen zu müssen, nicht mehr entgehen. Indes, sie wollen nicht bezahlen, koste es, was es wolle. Eher noch sei ein verzweiflungsvolles Va banque gespielt. Neu entfesselter Krieg befreit vielleicht doch von der Notwendigkeit, den Beutel öffnen zu müssen. Wertvoller als das Blut der Massen sind ihre unangestasteten Wertpapiere und gehamsterten Devisen. Wenn aber der neue Krieg doch unglücklich werden würde, dann wird die Arbeiterschaft so verhungert, verkrüppelt, geschwächt sein, daß die kommenden Friedensbedingungen sich mit ihrem letzten Blutstropfen und ihrem letzten Atemzug erfüllen lassen werden.

Erst die jüngsten Reichstagsverhandlungen enthüllten den Abgrund, vor dem wir stehen. Das Reichswehrministerium pflegt die Verbindung mit den Geheimorganisationen. Durch Befehl sind diese Organisationen verboten. Das Reichswehrministerium aber schließt Verträge mit ihnen ab, die erst am 31. März ablaufen. Der Reichsregierung, dem Reichstag, der Regierungspresse ist es peinlich, von diesen Dingen zu reden. In Wahrheit aber kann nicht laut genug von diesen Dingen geredet werden. Nicht Walter Dohme — den wir nicht kennen und für den wir keine Lanze zu brechen haben — gehört vor den Richter. Er sprach nur von den verbotenen Dingen, die andere trieben; soll etwa das „bayerische System Fischenbach“ auch im Reiche zur Geltung kommen? Das System nämlich, den ins Zuchthaus zu schicken, der mit dem Finger auf verbrecherisches Treiben solcher, die an der Macht sind, hinweist. Wir vermüssen, daß in die Zusammenhänge zwischen Reichswehr und den Mordverbänden mit nötiger Energie hineingegriffen würde. Die Erklärungen des Reichswehrministers waren durchaus unbefriedigend; er mag, wie Ledebour meinte, ein guter Kerl sein; die „guten Kerle“ jedoch haben uns die Revolution verdorben; sie werden, wenn man sie gewähren läßt, auch die Republik vollends zugrunde richten.

Besonders interessiert an der Zuspitzung des Konflikts mit Frankreich und an der Entfaltung der nationalitätlichen Flamme zeigt sich Bayern. Die bayerische Reaktion will sich schrankenlos austoben; im Wege steht ihr nur noch der Einfluß des „Marxismus“ im Reiche. Die nationale Erhebung soll den Marxismus niederbrennen. Wenn aber die nationale Erhebung je schief ausgeht, dann ist es den bayerischen Patrioten auch nicht bange. Sie wissen sich zu retten. Aus Deutschlands Trümmern lassen sie ein stolzes wittelsbachisches Bayern erstehen, dessen Staatspersönlichkeit durch das „Reich“ nicht mehr bedroht sein wird. Frankreichs Wohlwollen wird man sich, wie 1806, zweifellos zu gewinnen vermögen.

Solche Ausichten eröffnet eine Rede, die der Führer der Bayr. Volkspartei, Geheimrat Held, vor ein paar Tagen in München gehalten hat. Er sagte etwa: Eine Politik im Sinne der Sozialdemokratie würde Bayern nicht mitmachen. Bayern würde dann der Mittelpunkt eines besseren Deutschlands sein müssen. Wer denkt hier nicht an Herrn Helms Vergangenheit? Er war es, der im Spätsommer 1918 es abtante, eine Partei gemeinsam mit Sozialdemokraten und Liberalen ein Bekenntnis zum Reichsgedanken ablegen zu lassen. Eine Linie führt von jener Rede zu den jüngsten Ausschüssen. Daß ausgerechnet in diesem Augenblick durch bayerische Gerichte ein Hochverratsverfahren gegen den kommunistischen Abgeordneten Eibenberger eingeleitet wird — die Immunität wird sicher aufgehoben werden —, gehört zu den üblichen bayerischen Heucheleien. Immer hat man in Bayern von eigenem reichsverderberischen Tun abgelenkt dadurch, daß man gegen Republikaner und Sozialisten Prozesse wegen angeblichen Reichs-, Hoch- oder Landesverrats anstrengte.

Während die Feinde der Republik dergestalt aufmarschieren, ohne durch das Gesetz zum Schutze der Republik behindert zu sein — dieses Gesetz darf ruhig fallen; es schützt die Republik nicht, solange es uns ein republikanischen Richtern fehlt —, denken die besitzenden Kreise nach wie vor an Bereicherung. Die Marktstabilisierung, die ihnen billige und zahlreiche Devisen verschaffte, war für sie ein gutes Geschäft; die Goldanleihe wird für sie ein ebenso gutes Geschäft werden. Waren werden zurückgehalten, um Preisstürze zu verhindern. Die Einheitsfrontler plündern hyänenhaft die darbenende, schwindende Arbeiterschaft aus. Das Reich macht neue Schulden, die insgesamt von der Arbeiterschaft getragen werden müssen. Die Steuergesetze schonen den Besitz mit Sorgfalt und zarter Rücksicht. Die Atmosphäre in Deutschland ist beängstigend. Man hat den Eindruck, als ob überall Föhnwind und Zerlegung herrschten. Rettungsmöglichkeiten liegen allein noch bei der Arbeiterschaft; unser Bürgerium ist hoffnungslos verrotten. Soll aber noch ein Ausweg aus Verfall und Zusammenbruch bleiben, so bedarf es der Taten. Diese Taten aber sind: Zerstückelung der machtvollen Stellung des Besitzes und Vernichtung jeglicher Art reaktionärer Geheimorganisationen. M.

Striemerei!

Es ist hinreichend bekannt, daß Dr. Striemer, der Redakteur der „Betriebsrätezeitung“ des ADGB und des AD-Bundes, Anschauungen vertritt, die in Gewerkschafts- und Parteikreisen auf starken Widerspruch stoßen, weil sie sich in keiner Weise mit den in diesen Kreisen vertretenen Anschauungen decken, ja zu ihnen im direkten Widerspruch stehen. Dr. Striemer ist ja deshalb auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß heftig angegriffen worden. Diese Kritik, die dort geübt wurde, ist aber auf völlig unfruchtbaren Boden gefallen. Nach Leipzig hat Striemer seine gegensätzlichen Anschauungen in noch viel schärferer Form herausgearbeitet. Fast in jeder Nummer der „Betriebsrätezeitung“ versucht Striemer den Sozialismus totzuschlagen. Wir haben keine Lust und auch keine Reizung dazu, alle diese Striemerischen Erzeugnisse hier zu besprechen. Es genügt schon, wenn wir hier kurz auf einen Aufsatz in Nr. 2 der „Betriebsrätezeitung“, betitelt „Zum Reparationsproblem“, hinweisen. Striemer sagt dort u. a.:

„Die Ergebnisse unserer Industrie verlaufen durchaus parallel, die ausgeschütteten Dividenden ergeben in Gold umgerechnet ebenfalls nur Pfennige auf die 1000-Mark-Aktie. Wo die Leistung nicht in sehr starken Händen ist, entsprechen die Abschreibungen keineswegs den Wiederbeschaffungskosten der Produktionsmittel, wird Raubbau getrieben.

- Suchen wir Tatsachen, dann stehen wir vor folgenden:
1. dem gewaltig gesunkenen Realeinkommen von 15 Millionen Arbeitern und ihrer geliebten Kaufkraft;
 2. dem bedenkenden, mehr als 2 Goldmilliarden ausmachenden Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr;
 3. der sehr stark gesunkenen Rentabilität der Produktionsunternehmungen, gemessen an den Gewinnzuschüttungen auf Goldbasis;

4. die wachsende Verschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden;
5. die Ueberfremdung deutschen Besitzes;
6. die Expropriation aller Rentenkapitalien, Stiftungen;
7. der sichtbare Verfall unserer Häuser;
8. die ungeheuren Ausgaben für die feindliche Besetzung im Westen, die bereits 4 1/2 Goldmilliarden gekostet hat;
9. die Kapitalnot in der deutschen Wirtschaft trotz der Billionen Papiermark, erkennbar an den steigenden Zinssätzen für Leihkapital.“

Die Striemerische Auffassung, daß die Gewinne und die Abschreibungen der Industrie keineswegs den Wiederbeschaffungskosten der Produktionsmittel entsprechen, ist eine Behauptung, die keiner Beweisführung standhalten kann. In Wirklichkeit steht es ganz anders als Striemer behauptet. Greifen wir die Textilindustrie heraus, dann finden wir, daß nicht nur ganz gewaltige Abschreibungen gemacht — das Konto: Werterhaltung ist ganz besonders berücksichtigt worden —, sondern daneben auch hohe Dividenden verteilt worden sind. Dividenden bis zu 100 und mehr Prozent sind keine Seltenheiten. Daneben sind aber fortgesetzt Kapitalverwertungen vorgenommen worden, die in der Regel aus dem Gewinnergebnisse bestritten wurden. Andererseits werden den Aktionären neue Aktien zu einem weit niedrigeren Prozentsatz, als der Handelswert ausmacht, zugewandt. Auch die Steigerung des Aktienindex beweist, daß Str. sich im Unrecht befindet. (Die Gewinne der Industrie sind beträchtliche und lassen jedes Maß und Ziel vermissen.) Dieses könnte man jedoch noch als „wissenschaftliche Entgleisung“ hingehen lassen. Daß aber Striemer weiter unten jagt:

„In einer Lage, wie sie in Deutschland besteht, ist der Schlachtruf zum „Klassenkampf“ Wahnsinn, denn die, die ihn fordern, vermögen selbst an die Stelle des Bestehenden nichts anderes, d. h. Besseres zu stellen. Helfen kann uns nur Stärke in der Arbeitsgemeinschaft, um dort die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten.“

... muß zur schärfsten Kritik herausfordern. Wir haben bisher die Auffassung vertreten, daß die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Klassen gegeneinander, die in den mannigfaltigsten Formen ausgetragen und ausgefochten werden, Klassenkampf sind. Durch den

Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigen Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgeföhrt wird. Er soll angstlos, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.

Klassenkampf überhaupt ist die Höherentwicklung der Menschheit nur möglich gewesen. Der Klassenkampf wird täglich geführt. Er muß geführt werden, weil die gegenwärtigen Zustände eine erhöhte Kampftätigkeit bedingen. Unter den heftigsten Klassenkämpfen wird sich politisch und wirtschaftlich Neues zu gestalten vermögen. So groß wie die Summe an Kraft ist, die der Arbeiterklasse innewohnt und in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zum Ausdruck kommt, im selben Ausmaß wird auch die geistige Erkenntnis herausreifen, die notwendig ist, um Staat und Gesellschaft politisch und wirtschaftlich beherrschen zu können. Die Durchführung der sozialistischen Wirtschaft setzt ein bestimmtes Maß der Erkenntnis, die mit der gesamten Menschheitsentwicklung zusammenhängt, voraus. Wir verlangen die Sozialisierung der Betriebe, der Bergwerke und aller Werkstätten. In dem Augenblick, wo wir innerhalb der Demokratie die Macht haben, die Sozialisierung durchzuführen, besitzen wir auch die geistigen Energien, die zur Leitung der Wirtschaft notwendig sind. Es ist vollkommen irrig, den Klassenkampf durch die Arbeitsgemeinschaft überbrücken zu können. Dieses ist jedem Sozialisten geläufig. Was Dr. Str. in der „Betriebsrätezeitung“ verzapft, sind Anschauungen, die Dr. Franz Dunder vor 50 Jahren viel besser vertreten hat. Wo stehen heute die S.-D.-Gewerkschaften? Am Grabe ihrer einstigen Hoffnungen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß in der „Betriebsrätezeitung“, einem so wichtigen Organ der Arbeiterklasse, solche bürgerlichen Anschauungen zum Ausdruck gebracht werden können. Es wird höchste Zeit, daß dort eine Aenderung eintritt. Str. treffen unsere Vorwürfe nicht, aber diejenigen, die an dieser wichtigen Stelle der Betätigung Str. latentos zusehen.

Es wäre verhängnisvoll für die Arbeiterschaft, wenn sie der Arbeitsgemeinschaft den Sozialismus zum Opfer bringen würde. Darauf will Str. hinaus.

Berufsberatung.

Wer einen Lebensberuf wählen will, dem stehen verschiedene Wege offen: das Handwerk, die Industrie, der kaufmännische Handel, das Bureaufach, die Landwirtschaft, die Lohnarbeit als Fabrikarbeiter, die Hauswirtschaft und andere mehr. Je höhere Anforderungen ein Beruf an seine Anwärter hinsichtlich deren geistiger Regsamkeit und handlicher Geschicklichkeit oder körperlicher Kraft stellt, um so besser wird in der Regel die Entlohnung in ihm sein. Man wird also solchen Beruf wählen wollen, wenn man sich durch seine Fähigkeiten für ihn eignet. Da die Fähigkeiten, die die einzelnen Berufe an ihre Anwärter stellen, aber verschiedenartig sind, so sollte man den Beruf wählen, für den man sich am meisten eignet, vorausgesetzt jedoch, daß man für seine Ausübung auch die nötige Lust in sich fühlt. Auch körperliche Entwicklung, Gesundheitszustand, Anlagen und sonstige Eigenschaften sind zu berücksichtigen. Doch weder die Eltern des Berufsanzwärters oder der Berufsanzwärtin, noch diese selbst werden allein imstande sein, über die Befähigung ein maßgebendes Urteil zu fällen. In der Erkenntnis dessen ist in Preußen — hoffentlich werden bald andere Bundesstaaten seinem Beispiel folgen — die Berufsberatung eingeführt worden. Sie wird in sogenannten Berufsämtern erteilt, deren eines, das Berufsamt Berlin, wir neulich Gelegenheit hatten, in seiner Organisation kennenzulernen und in seiner vielseitigen Tätigkeit beobachten zu können. Was wir dabei hörten und sahen, spricht durchaus für die Nützlichkeit, ja Notwendigkeit der Berufsämter, die besser und treffender Berufsberatungämter genannt würden. Wir wollen unsere Wahrnehmungen im nachfolgenden gegliedert zusammenfassen.

A. Wesen und Methode der Berufsberatung.

Durch Ministerialerlaß vom 18. März 1919 wurde für Preußen die Einrichtung besonderer öffentlicher gemeinnütziger Berufsberatungsstellen von Staats wegen geregelt.

Die bis dahin meist durch das Elternhaus oder durch die Schule ausgeübte Beratung der vor der Berufswahl stehenden Jugendlichen erfolgt seither in den auf Grund des angeführten Erlasses von den Gemeinden errichteten Berufsämtern durch entsprechend vorgebildete, erfahrene und sachkundige Berufsberater und Berufsberaterinnen. Diese sollen nicht nur die vor der Berufswahl stehenden Jugendlichen, sondern auch die zu einem Berufswechsel gezwungenen Erwachsenen mit Rat und Tat unterstützen und ihnen Eintritt in einen Beruf oder den Uebertritt in einen anderen als den bisher ausgeübten Beruf ermöglichen. Diese Aufgabe setzt voraus eine gewissenhafte Prüfung der körperlichen, geistigen und sittlichen Eignung, der Neigung und der Wirtschaftslage der Berufsanzwärters, andererseits die Erforschung und Sammlung aller Anforderungen der in Betracht kommenden Berufe.

Die körperliche (gesundheitliche) Eignung der Jugendlichen, die nach der Schulentlassung einen Beruf ergreifen, stellt zunächst der

Schularzt fest, der sie im letzten Schulhalbjahre auf ihre Berufstauglichkeit, ihre körperliche Entwicklung und den Gesundheitszustand untersucht und den Untersuchungsbesund dem Berufsamt auf den Schulbogen zugänglich macht. Dabei kommt es nicht darauf an, daß der Arzt feststellt, für welchen speziellen Beruf der Knabe oder das Mädchen geeignet erscheint, sondern darauf, ob der oder die betreffende Jugendliche überhaupt die zum Eintritt in die Berufsarbeit erforderliche körperliche Tauglichkeit besitzt, ob sein Gesundheitszustand völlig einwandfrei oder in irgendeiner Beziehung anbrüchlich, d. h. nicht ohne Bedenken ist. Die völlig berufstauglichen und gesundheitslich einwandfreien Jugendlichen sind in ihrer Berufswahl vollständig unbehindert. Für sie werden nur ihre Neigungen, Fähigkeiten und die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend für die Ergreifung eines bestimmten Berufes sein. Anders verhält es sich mit den in irgendeiner Beziehung gesundheitlich gefährdeten Jugendlichen. Der Kreis der ihnen offenstehenden Berufe wird enger gezogen werden müssen, sollen sie bei Ausübung der Berufsarbeit ihre körperliche Leistungsfähigkeit behalten und möglichst lange Zeit Aktivposten in unserem Wirtschaftsleben bleiben. Für diese Jugendlichen wird der Arzt Fingerzeige geben können, von welchen beruflichen Verpflichtungen sie fernzuhalten sind. Denn der ärztliche Befund gibt Auskunft über den Entwicklungszustand des Berufsanzwärters, über seine inneren Organe (besonders Herz und Lunge), sein Nervensystem, seinen sonstigen Befund (bestehende und frühere Krankheiten, Vererbungserscheinungen, Erwerbsbeschränkungen, über seine Sinnesorgane (auch Farbensinn). In Zweifelsfällen bleibt für solche Jugendlichen noch die gewerbsärztliche Untersuchung im Berufsamt selbst, die auch für alle vor dem Berufswechsel stehenden Erwachsenen vor der Beratung eingeschaltet wird.

Zur Feststellung der geistigen Eignung dienen die Schulzeugnisse, die besonderen Beobachtungen der Schule auf den Schulfragebogen, die mündliche Befragung des Ratsuchenden und die Beurteilung seiner selbstgefertigten Zeichnungen und Arbeiten, die dem Berufsberater vorliegen. In Zweifelsfällen wird zur Ergänzung eine besondere psychotechnische Eignungsprüfung vorgenommen, der eine Anzahl sinnreich erdachter und ebenso angewandter mechanischer und physikalischer Apparate und anderer geistreicher Einrichtungen dienen, die den Grad des Wissens und der Intelligenz des Berufsanzwärters anzeigen sollen.

Die Feststellung der Neigung und der wirtschaftlichen Lage erfolgt durch den Schulfragebogen und durch mündliche Befragung der Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten. Die Anforderungen der in Betracht kommenden Berufe werden in steter Zusammenarbeit mit allen Berufsorganisations- und besonderen Sachverständigen durch die Berufsberater (Berufsberaterinnen), die vor dem selber im Berufsleben tätig gewesen sind, erforscht und in besonderen berufsunabhängigen Materialmappen gesammelt. Der Gang der Berufsberatung ist folgender: Ungefähr ein halbes Jahr vor der jeweiligen Schulentlassung gehen den Schulen die schon erwähnten Schulfragebogen für die zur Schulentlassung kommenden Schüler und Schülerinnen in der erforderlichen Zahl zu. Der Schulleiter oder der für die Berufsberatung an jeder Schule besonders tätige Vertrauensmann aus dem Lehrerkollegium sorgt für die gründliche und genaue Ausfüllung der Schulfragebogen durch die Schüler selbst und den Schularzt und sendet die ausgefüllten Bogen sodann dem Berufsamt wieder zurück. Während dieser Zeit halten die Berufsberater (Berufsberaterinnen) besondere Schulbesprechungen über die Berufswahl vor den Schülern und Schülerinnen in den Schulen selbst oder vor den Eltern in besonderen Elternversammlungen ab. Nun suchen die Schüler in Begleitung ihrer Eltern das Berufsamt zur besonderen Beratung auf; ist der geeignete Beruf gefunden, so erfolgt nach Möglichkeit sofort die Vermittlung einer geeigneten Lehrstelle oder die Zuweisung an eine Ausbildungsanstalt. B.

B. Organisation der Berufsberatung.

Das Landesberufsamt Berlin bildet seit Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes vom Juli 1922 einen Teil des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Es wird geleitet durch einen Direktor (Dr. R. Liebenberg) und hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Regelung des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage für die Lehrstellenvermittlung und Vereinheitlichung, Verbesserung und praktische Auswertung der Lehrstellenstatistik;
- b) Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Berufsvertretungen zur kollektiven Beschaffung von Lehrstellen und Ausbildungsmöglichkeiten sowie zur Verhütung und Beseitigung von Mißständen im Lehrlingswesen, ferner Beschaffung auswärtiger Lehrstellen;
- c) Beschaffung berufsunabhängigen Materials;
- d) Sammlung von Material für die Feststellung der körperlichen und geistigen Eignung;
- e) Schulung und Fortbildung der Berufsberater und -beraterinnen.

Außerdem übt es als „Berufsamt Berlin“ die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für die Verwaltungsbezirke 1 bis 6 aus und berätet und vermittelt in denjenigen Verwaltungsbezirken, die keine eigene Berufsberatungsstelle besitzen.

Eigene Berufsberatungsstellen sind vorhanden in: Charlottenburg (Bezirk 7), Bismarckstr. 50/51; Spandau (Bezirk 8), Markt 6; Wilmersdorf (Bezirk 9) Badensche Straße 48; Schöneberg (Bezirk 11), Winterfeldtplatz (Baraden); Lichtenberg (Bezirk 12), Schreiberrhauer Straße 2; Neukölln (Bezirk 14), Erdstr. 28; Reinickendorf (Bezirk 20), Humboldtstr. 91/92.

Im Landesberufsamt selbst sind zu unterscheiden: die Organisationsabteilung, die Außenstellenabteilung, die literarisch-statistische Abteilung, die psychologisch-medizinische Abteilung.

Die Berufsberatung für akademische und verwandte Berufe ist für Berlin im Landesberufsamt für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten zentralorganisiert, ebenso die Berufsberatung der geistig und körperlich Anormalen und Fürsorgebedürftigen.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für die Verwaltungsbezirke ohne eigene Beratungsstelle wird in der Weise ausgeübt, daß Berufsberater und Berufsberaterinnen des Landesberufsamtes wöchentlich einmal in jedem dieser Bezirke Berufsberatungsprechstunden abhalten. (Fliegende Beratungsstellen.)

Beschäftigung der deutschen Textilindustrie im Januar 1923.

Der auf die Ruhrbesetzung folgende Marktzug hat Rohstoff- und Kapitalbeschaffung weiter sehr beschwert, doch zum Teil Kaufbelegung gebracht. Beschäftigung im allgemeinen verschlechtert, aber auch stellenweise lebhafter. Abruf früher erteilter Aufträge durch Webereien stöckend, da ausreichende Barmittel fehlen, um die auf Grundlage einer fremden Währung erteilten Bestellungen zu bezahlen. Einführung kurzfristiger Papiermarkpreise oder Preisfestsetzung in fester Währung oder Goldmark wird allgemein angestrebt.

Im Berichtsmonat waren nur 24 Proz. gegenüber 30 Proz. in gut, 29 Proz. gegen 30 Proz. in befriedigend und 47 Proz. gegen 39 Proz. in schlecht beschäftigten Betrieben tätig. Die Auslastung werden in 50 Proz. der Betriebe als schlecht bezeichnet.

Arbeitszeitverkürzungen wurden in größerer Zahl vorgenommen, so in Schlesien, Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Provinz Hannover, Rheinland, Hessen-Nassau, Freistaat Sachsen, Württemberg und Thüringen. Voll beschäftigt bleiben die Apoldaer Wirkereien und die Oldenburger Betriebe. In Berlin trat eine Belebung auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ein. Insbesondere wurden Stickerinnen und Sticker gesucht.

Wirtschaftsbedingungen: Brennstoffverorgung im ganzen aus-

reichend. Hohe Frachtkosten erschweren Absatz für süddeutsche Be-

triebe; Ausnahmetarife wie vor dem Kriege werden gefordert. Kreditbeschwerden nehmen zu.

Die Augsburger Baumwollindustrie nahm teilweise Arbeitszeit-

verkürzungen auf 40 bis 32 Stunden die Woche vor, weil Auftrags-

eingang erheblich hinter Produktion zurückblieb und Rohstoffe wegen

Kapitalnot nur in unbedingt notwendigen Mengen beschafft werden

können, so daß umfangreiches Auf-Lager-Arbeiten unmöglich. Weitere

Betriebseinschränkungen zu erwarten. Rattendruckeri noch

längere Zeit ausreichend beschäftigt. In München-Glabbacher

Spinnereien Lage verschärft; Aufträge gering; Lagerarbeiten zum

Vermehren von Entlassungen vorgenommen, aber wegen Kapital-

knappheit nur beschränkte Zeit möglich. In Buntwebereien Auftrags-

stockung, Umsatzen schlecht. Bandweberei gleichfalls Auftrags-

mangel. Münster hat noch Auftragsbestand für kurze Zeit. Verkäufe

unter Preis wurden getätigt, um Barmittel zu bekommen. Mehrere

Betriebe arbeiten nur vier Tage in der Woche, weitere Einschränkungen

stehen bevor. Oberfränkische Baumwoll- und Buntweberei hat

zum Teil noch günstigen Geschäftsgang, zum Teil Arbeitseinschrän-

kungen. Münchener Buntweberei großes Angebot und stürmische

Nachfrage nach Lagerwaren. In der Handweberei Arbeit auf Lager

nicht möglich, weil Modeartikel; dadurch notwendige hohe Preise

erschweren Absatz, nur für besondere Qualitätsware sind laufende

Aufträge vorhanden. Verkäufe von München nach Deutschösterreich

haben stark zugenommen, Valutazuschläge werden unbeanstandet

bewilligt. In Ludwigshafen Textilwarengroßhandel ungünstig.

Trikotwarenfabrikation Absatz stöckend, weil Kunden nur zu festen

Marktpreisen kaufen wollen, was Fabrikanten ablehnen. Berliner

Baumwollgroßhandel starke Rationierungen (infolge der Devisen-

kaufte große Kaufbegehr, nicht genügend Ware). Fabrikation von

Wäschebändern (Elsfeld-Barmen) durch Auslandsaufträge belebt;

auch Inlandsgeschäft gebessert, doch wurde nur sofort greifbare Lager-

gehörigen 25 600, 6144, 1024, 256 Mt.; ledigen oder verwitweten

Arbeitnehmer mit sechs minderjährigen Kindern oder mittellosen

Angehörigen 28 800, 6912, 1152, 288 Mt.; verheirateten Arbeit-

nehmer mit sechs minderjährigen Kindern oder mittellosen Ange-

hörigen 29 600, 7104, 1184, 296 Mt.

Vom Arbeitslohn, der auf die letzten sechs vollen Arbeits-

tage des Monats Februar entfällt, durfte ein Steuerabzug nach

Maßgabe des § 46 des Einkommensteuergesetzes nicht vorgenommen

werden. Als sechs volle Arbeitstage wird ein Arbeitszeitraum von

48 Stunden angesehen. Er kommt auch für die Kurzarbeiter in

Betracht, so daß auch für sie der Arbeitslohn für den Zeitraum vom

Steuerabzug frei zu lassen war, der einer wöchentlichen Arbeitszeit

von 48 Stunden entsprach. Erfolgt die Lohnzahlung am Sonnabend

jeder Woche für die Zeit vom Sonnabend der vorhergehenden bis

zum Freitag der laufenden Woche, so war (anstatt für die vom 22.

bis 28. Februar geleistete Arbeit) der Arbeitslohn für die Zeit vom

24. Februar bis 2. März vom Steuerabzug freizulassen.

Bei Lohnzahlung nach Monaten sollte bei einer nachträg-

lichen Zahlung des Arbeitslohns 1/4 des Lohns, der auf den

Lohnzahlungsmonat entfällt, zu dem der 28. Februar gehört, bei

einer Zahlung des Arbeitslohns im voraus 1/4 des Arbeitslohns,

der auf den ersten nach dem 28. Februar beginnenden Lohnzahlungs-

monat entfällt, vom Steuerabzug freibleiben.

Verordnung über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Auf Grund des Gesetzes über Vnderung von Geldbeträgen in der

Sozialversicherung sind mit Zustimmung des Reichsrates und der

Ausschüsse des Reichstages für soziale Angelegenheiten die Bezüge

für Wochenhilfe und Wochenfürsorge abermals erhöht worden.

Der einmalige Beitrag zu den Kosten der Entbindung und bei

Schwangerschaftsbeschwerden beträgt 10 000 Mt. Kommt es zur Ent-

bindung nicht, so wird bei Schwangerschaftsbeschwerden 3000 Mt.

gezahlt. Das Wochengeld wird in Höhe des Krankengeldes, jedoch

mindestens 120 Mt. täglich für 10 Wochen, von denen mindestens 6

in die Zeit nach der Entbindung fallen müssen, gezahlt. Das Wochen-

geld für die ersten 4 Wochen ist spätestens mit dem Tage der Ent-

bindung fällig. Das Stillegeld wird in Höhe des halben Kranken-

geldes, jedoch mindestens 300 Mt. täglich, bis zum Ablauf der

12. Woche nach der Niederkunft gezahlt. Nach § 195c der A.D. kann

der Vorstand der Krankenkasse, soweit keine Anordnung nach § 195d

getroffen ist, allgemein beschließen, bei der Entbindung und bei

Schwangerschaften freie Hebammenhilfe und freie Arznei zu ge-

währen. In diesem Falle ermäßigt sich die bare Beihilfe an die

Wöchnerin auf 4000 Mt. Findet keine Entbindung statt, so ist keine

Beihilfe zu zahlen. Bei Erbschaftsforderungen der Kasse oder gegen die Kasse gilt als Wert

der Sachleistung der Betrag von 6000 Mt. Wo nach Landesgesetz

eine öffentliche Körperschaft den Hebammen die Gebühren auszahlt

oder ein bestimmtes Mindesteinkommen gewährleistet, kann zugleich

angeordnet werden, daß die Kasse einen Teil des einmaligen Bei-

trages bis zur Höhe von 6000 Mt. an die Körperschaft statt an die

Nicht minder beschimpft wurden die Vertreter der Sozialdemo-

kratie in den gesetzgebenden Körperschaften; sozialdemokratische

Minister wurden der Bucherei und Schieberei beschuldigt.

Würden Kommunisten und Syndikalisten nicht im Nimbus der

Arbeitervertreter stehen, jeder Arbeiter hätte sie in diesem unfinnigen

Streik als bezahlte Lumpen erkannt. Nur der kaum glaubliche

Arbeiterindifferentismus des M.-Glabbacher Industriebezirks konnte

solchen Rufem im Streik nachlaufen.

Die Zerstörung der freien Gewerkschaften liegt im Interesse der

Unternehmer. Wenn auch Kommunisten und Syndikalisten die freien

Gewerkschaften nicht zerstören können — solange der Kapitalismus

besteht, sind sie Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft —, so sind sie

doch infolge dieser wüsten, veräblichen Hebe hier im Bezirk

geschwächt worden. Alle Arbeitgeberherzen haben aufgejauchzt ob

der arbeiterschädigenden Erfolge dieses Kampfes.

Langjährig organisierte Arbeiter sind auf der Strecke geblieben,

Kommunisten und Syndikalisten dagegen sind fast reflexlos wieder ein-

gestellt worden; es wäre von den Unternehmern auch unflug ge-

wesen, Leute, die es so gut fertigbrachten, die Gewerkschaften zu

schwächen, die Uneinigkeit der Arbeiterschaft im Interesse zu fördern,

draußen zu lassen.

Einige zu stark Kompromittierte blieben aber doch draußen. Sie

kehrten zu ihrem alten „Handwerk“ zurück, das so lohnend ist, daß

mehrere Kumpane sogar den Weibstuhl dafür eintauschten.

Was ist der neue (und alte) Beruf dieser kommunistisch-syndika-

listischen Heiden und Führer des Putsches vom November 1922?

Sie wuchern und schieben, sie stehen in fremdem Sold!

Wer sich überzeugen will, beobachte sie an der bekannten hollän-

dischen Grenze; wer Näheres wissen muß, erhält Beweis, daß all

diese bekannten Heiden und Führer deutsche Lebensmittel, deutsches

Gut unter Umgehung der Zollbehörden nach Holland verschmuggeln,

verschieben; erhält auch Beweis, daß zum Beispiel J., Z. und andere

Zur Arbeiterinnenbewegung.

Die „Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textil-

arbeiterinnen“ kommen in der nächsten Zeit gedruckt heraus. Sie

werden in dem Format des Verbandsstatuts hergestellt, so daß sie

in dieses eingeleitet werden können, damit die tätigen Kolleginnen

sie immer zur Hand haben. Wir hoffen, daß die Kolleginnen, die

Weiterinnen von Kommissionen sind, Bestellungen auf die Richt-

linien aufgeben und daß die Ortsverwaltungen, in deren Bereich

Arbeiterinnenkommissionen oder -gruppen noch nicht gebildet wurden,

die Bildung derselben in Angriff nehmen.

Arbeiterinnensekretariat.

Jugend.

Zur Jugendfrage.

Von Rudolf Feig, Wittenberge.

In den letzten Nummern des „Textilarbeiters“ lasen wir des

öfteren über die Gründung von Jugendabteilungen. Man gibt

Richtlinien heraus, macht Vorschläge und hofft endlich, daß der Ge-

danke durch die Kollegen in den einzelnen Ortsgruppen zur Durch-

föhrung gebracht wird. Wohl kann niemand die Schwierigkeiten, die

dieser Aufgabe entworfen, leugnen, und besonders die ländlichen

Situationen unseres Verbandes werden eine kolossale Arbeit verrichten

müssen; aber nirgends dürfte es Kolleginnen oder Kollegen geben,

die sich nicht einmal mit dieser Arbeit befassen, die sich entweder nicht

herantrauen oder die ganze Sache für unnütz halten. In fast allen

Städten gibt es sozialistische Jugendorganisationen, deren Mitglieder

unseren Kollegen gern ein bißchen helfen werden. Hier ist es rat-

sam, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. In manchen Textilarbeiter-

gruppen wird es sogar notwendig sein, denn nicht jede Kollegin,

nicht jeder Kollege ist ein geborener Jugenderzieher. Man muß sich

in das Seelenleben des jugendlichen hineinversetzen können, man

muß mit ihm fühlen, mit ihm umgehen wie ein väterlicher Freund,

nicht aber wie ein Schullehrer, der meistens nur als Respektsperson

Steuer.

Mit dem 1. März sind hinsichtlich des Steuerabzugs vom Arbeits-

lohn einige Erleichterungen für die dem Steuerabzug vom Lohn

Unterworfenen eingetreten. Die Sätze, um die sich der vom Arbeits-

lohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag

von 10 Proz. ermäßigt, betragen nun bei jeder nach dem 28. Fe-

bruar erfolgenden Zahlung von nach dem 28. Februar fällig ge-

wordenem Arbeitslohn 1. für den Arbeitnehmer selbst monatlich

800 Mt. (bisher 200 Mt.), 2. für die zur Haushaltung des Arbeit-

nehmers zählende Ehefrau monatlich 800 Mt. (bisher 200 Mt.),

3. für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minder-

jährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen bzw. nicht über

Die Helden des kommunistisch-syndika-

listischen Putsches vom November 1922.

Man schreibt uns aus Biersen: Unter der Parole: Weg mit den Führern! Die Gewerkschaften

verraten euch! Sozialdemokraten sind mit Stinnes gegen die Ar-

beiter verbunden! Ihr werdet von den Gewerkschaftsbureaufrauten

belogen und betrogen! Inzenerien im November 1922 Kommunisten

Aus der Textilindustrie.

Streik. In der Wirterei Marsch u. Cie., Glawil, Schweiz, ist ein

Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Geundheitswesen.

Anleitung zum Pulszählen.

Den Puls fühlt man am besten an der Vorderarmschlagader, die an der Unterseite des Vorderarmes, dicht über dem Handgelenk, leicht zu fühlen ist. (Man sucht sich die Stelle heraus, an der der Puls am kräftigsten zu fühlen ist.) Dort verspürt man bei Auflegen des Zeigefingers oder Mittelfingers oder beider einen regelmäßig wiederkehrenden Schlag (Klopfen) — den sogenannten Pulsschlag — der dadurch entsteht, daß das Herz in regelmäßigen Zwischenräumen neue Blutmengen in die Schlag- oder Pulsader hineinpumpt. Die Häufigkeit der Pulsschläge zählt man mit Hilfe einer Sanduhr, die in einer Viertelminute abläuft, oder einer Sekundenuhr (Sekundenzeiger einer Taschenuhr.) Nach Verlauf einer Viertelminute unterbricht man die Zählung und multipliziert die gefundene Zahl mit 4; man erfährt so, wie oft der Puls in einer Minute schlägt; zur Kontrolle wiederholt man die Zählung mehrmals. — Voraussetzung zur Feststellung der Pulszahl ist, daß man den Puls nicht etwa nach stärkerer körperlicher oder seelischer Erregung des Kranken zählt, und daß man selbst auch ruhig genug ist, um einen fremden Puls zu kontrollieren. Nach stärkerer körperlicher Anstrengung ist der Puls auch normalerweise beschleunigt. Am besten läßt man beim Pulszählen den Patienten sitzen oder liegen. — Der Puls eines Kranken kann schneller oder langsamer als normal sein. Dazu vergleicht man die gefundene Pulszahl mit derjenigen, die sich beim gesunden Menschen findet.

Der Puls beträgt in der Ruhe bei ein- bis fünfjährigen Kindern etwa 100 Schläge, bei fünf- bis zehnjährigen Kindern etwa 90 Schläge, bei Erwachsenen 60 bis 80 Schläge in der Minute. Ist bei einem Erwachsenen der Puls auf 100 oder mehr Schläge beschleunigt, so deutet dies vielfach darauf hin, daß Fieber vorhanden ist. Man muß ferner darauf achten, ob der Puls kräftig oder schwach zu fühlen ist, außerdem, ob er regelmäßig oder unregelmäßig schlägt. Bei einem gesunden Menschen würde demnach das Ergebnis der Pulszählung etwa sein: 80, kräftig, regelmäßig.

Zeitgenosse!

Zeitgenosse, der du satt dich isst!

Zeitgenosse, der du Prasser bist!

Wißt:

Es schaffen hungernd bei mageren Bohnen

Millionen!

Ihr, die ein trockenes Brötchen fahrt,

die ein verfalzener Braten empört,

hört:

Es schützt Millionen vor Hungertod

trockenes Brot!

Ihr, denen geborgen es wohlhergeht,

die ihr die „Not der Zeit“ bei Sekt übersteht,

seht:

Die Zeit der Not hat für Millionen Köpfe

— leere Töpfe!

Ihr, die ihr in ewigen Dafen lebt,

die ihr dem Leben, was des Lebens ist, gebt,

bebt:

Um eure Dafen ist alles Land

Wüstenland!

Und wenn ihr auch lächelnd zu hungern erlaubt,

ihr, die ihr den Menschen die Menschlichkeit raubt,

glaubt:

Auch eure Dase verfanget, vergeht . . .

verweht!

Zeitgenosse, der du „Alles“ hast!

Satter, der du im Progenpalast

prakt.

vernehmst du die Stimme, die — in dir . . . tief . . .

Mörder rief . . . ?

Josef Maria Franck

(Aus dem unveröffentlichten Gedichtband „Zeitgenosse, wach auf!“)

Vermischtes.

Kindergeschichten.

Gertrud erklärt ihrem kleinen Bruder: „Du, der Rock ist dazu da, um den Bauch warm zu halten, und der Bauch, um die Seele warm zu halten.“

„Ja“, sagt der Kleine, „ich habe meine Seele schon oft im Bauch gespürt.“

Mein fünfjähriger Bub hat sich an seinem kleinen Hinterteil einige Kratzer zugezogen.

Abends steht er splitternackt im Bett, bestiebt sich diese und ruft: „Wie kriege ich dort Studentenschmisse?“

Drahtlos mit Amerika telephonieren.

„Ich saß in London und hörte einen Mann in New York husten.“ So beschrieb einer der Teilnehmer den neuesten Versuch mit der drahtlosen Telephonie, der von englischen Wissenschaftlern als „das größte drahtlose Wunder“ bezeichnet wird. 50 Leute hörten in London die Stimmen und sogar das Husten von Leuten in New York, also auf eine Entfernung von mehr als 6000 Kilometern, und die Stimmen der Amerikaner waren so klar, als wenn sie durch das Telephon in derselben Stadt sprächen. „Ich hörte auch“, so erzählt dieser Teilnehmer weiter, „wie eine Stimme sagte: „Es ist sechs Minuten nach zwei“, und in demselben Augenblick zeigte meine Uhr die gleiche Zeit. Dieses Wunder ereignete sich in einem Raum einer großen Fabrik in New-Southgate, wo ich mit einer Anzahl von Regierungsbeamten und Fachmännern der drahtlosen Telephonie kurz vor 2 Uhr morgens meinen Sitz eingenommen hatte. Vor jedem dieser Sitze befanden sich auf den Tischen ein Paar Telephonhörer, und zwar wurden 50 Telephonapparate benutzt, die mit einem Empfangsapparat in Verbindung standen, der in einer kleinen Hütte außerhalb des Gebäudes errichtet war.“ Die Londoner Hörer konnten nun genau wahrnehmen, was die Männer in New York sprachen, und zwar war die Uebersetzung der Stimmen zwei Stunden lang gleich klar und kräftig. Bei einer Rede, die General Carty in New York hielt und die man durch das drahtlose Telephon genau verstand, hörte man auch ganz deutlich, wie er sich einmal während der Aussprache räusperte. Marconi hält dieses Ergebnis für einen gewaltigen Fortschritt in dem Siegeszug der drahtlosen Telephonie, aber er ist der Ansicht, daß für geschäftliche Unterhaltungen zwischen New York und London das drahtlose Telephon noch nicht in Betracht kommt. Zunächst werden die Geschäftsleute nicht gerade um 2 Uhr nachts sprechen wollen, wo die Verbindung am besten ist, und dann war auch wichtig, daß der Versuch im Winter stattfand, wo die Verhältnisse für die drahtlose Uebersetzung am besten sind. Außerdem kann man bisher nur von New York aus sprechen, noch nicht aber von London aus, wo die Einrichtungen noch nicht so weit fortgeschritten sind wie in Amerika.

Marconi hofft aber, daß man in einem oder zwei Jahren so weit sein wird, daß sich die Leute in New York und in London telephonisch miteinander unterhalten können. Er erklärte auch, daß es durchaus im Bereiche der Möglichkeit liege, das Mithören fremder Personen bei den drahtlosen Telephongesprächen, das bisher noch so lästig ist, auszuschalten.

Berichte aus Fachreisen.

Chemnitz. Die Generalversammlung fand am Dienstag, den 20. Februar, im „Volksbause“ statt und war von 500 gewählten Generalversammlungsdelegierten besucht. Kollege Florhschlag gab einen Ueberblick über das verlossene Geschäftsjahr. Die Geschäftslage sei in der Textilindustrie in den ersten sieben Monaten des Jahres eine günstige gewesen und habe Ende August eine merkliche Verschlechterung des Geschäftsganges eingeseht. Durch die fortgesetzte Geldentwertung und die lawinenartige Preissteigerung sei die Hauptarbeit der Verbandsleitung auf dem Gebiete der Lohnbewegung zu buchen. Tarifabmachungen, die früher ein bis zwei Monate Geltung hatten, mühten in der letzten Zeit alle 14 Tage neu geregelt werden. Nicht weniger als 1734 Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen fanden statt. Zwecks Schenkung der Betriebsräte wurden allein 76 Versammlungen in den einzelnen Gruppen abgehalten; sie waren von 7751 Betriebsräten besucht. Die Filiale zählt 35 087 Mitglieder. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Rehner war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 31 495 500 M. eine Ausgabe von 7 468 308,95 M. gegenüberstand. Kollegin Fischer gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterinnenkommission und ersuchte die anwesenden weiblichen Delegierten, an den Veranstaltungen der Kommission teilzunehmen. Die Wahlen gingen glatt vonstatten.

M.-Gladbach-Rheydt. Zu Sonntag, dem 18. Februar, waren die weiblichen Mitglieder, die als Funktionäre in unserer Filiale und in den gesetzlichen Betriebsvertretungen tätig sind, zu einer Frauenkonferenz zusammenberufen worden. Die stattliche Zahl von 50 Kolleginnen war erschienen und verfolgte mit Aufmerksamkeit die Berichte über die im Januar in Elberfeld abgehaltene Arbeiterinnenkonferenz. Da die als Vortragende gewonnene Kollegin Stäblein aus Grewen in Westf. infolge der Bahnsperrung nicht in der Lage war, an der Versammlung teilzunehmen, wurde von der Geschäftsführung ein Ueberblick über die Aufklärungsarbeit unter den Kolleginnen vom September vorigen Jahres bis zur Gegenwart gegeben. Von den damals sich als Kursteilnehmer meldenden Kolleginnen haben im Durchschnitt etwa 15 an den einzelnen Vortragsabenden teilgenommen. Der gebotene Stoff: Einführung in die Gewerbeordnung, in das Betriebsrätegesetz wie in andere einschlägige Tagesfragen hat Aufklärung in die Reihen der Teilnehmerinnen gebracht. — Daran anschließend wurde über die Beratungsgegenstände bzw. über die in Elberfeld behandelten Themen in eingehender Weise berichtet. Bezüglich der Bildung von Jugendabteilungen innerhalb unseres Verbandes sprach der im Januar in der Generalversammlung gewählte Jugendleiter. Dabei wurden die Arbeiterinnen als Frauen und Mütter an ihre Verantwortung für die Ausbildung der Jugend erinnert. — Alle Anregungen fielen anscheinend auf fruchtbaren Boden.

Gummersbach. Am 25. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle im Gesellschaftsraum des Bahnhofs Dieringhausen ihre Generalversammlung ab. Nach den örtlichen Bestimmungen bestand dieselbe aus den vorgeschriebenen Delegierten. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer den Kassenbericht von 4. Quartal 1922. Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde von dem Kollegen Barnhans erstattet. Das vorliegende Geschäftsjahr war für unsere Filiale ein überaus arbeitsreiches. Der stotte Geschäftsgang, den wir kurz vor Abschluß des Geschäftsjahres zu verzeichnen hatten, gab der Organisation dauernde Möglichkeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu steigern. Wenn auch gesagt werden muß, daß das Erreichte zum Lebensunterhalt keineswegs ausreicht, so soll doch nicht unerwähnt bleiben, daß, wenn die gesamte Textilarbeiterchaft den Werdegang der Organisation mehr erfaßt hätte, viel mehr zu erreichen gewesen wäre. An der Hand reichen statistischen Materials zeigte der Redner weiter die Tätigkeit der Verwaltung. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der reiche Beifall bewies, daß man die Erfolge der Organisation zu würdigen wußte. Die Wahlen brachten nach einer kurzen Auseinandersetzung mit einigen kommunistischen Kollegen ein befriedigendes Resultat. Die weiteren Punkte der Tagesordnung: Aufbau der Jugendorganisation, Bericht von der Arbeiterinnenkonferenz, fanden nach kurzer Aussprache ihre Erledigung. — In der Versammlung ist ein Schirm liegen geblieben. Abzuholen in der Verwaltungsstelle Gummersbach, Marktstr. 13.

Neugersdorf. Am 17. Februar hielten wir die Generalversammlung ab. Kollege Richter erstattete den Geschäftsbericht. In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit der Geschäftslage im verlossenen Jahre, die bis September eine gute war. In 15 Verhandlungen wurden die Löhne für die Webereien, Spinnereien, Bleichereien und Handdruckereien, in 9 Verhandlungen die für die Wäsche- und Metallknopfabriken Minderungen unterzogen. Im Mai und Oktober wurden die Löhne der ersten vier Branchen durch Schiedspruch festgelegt. Kollege Penther berichtete über Kassen- und Mitgliederverhältnisse. Kollege Flammiger gab den Revisionsbericht. In der Diskussion sprachen 21 Redner bzw. Rednerinnen. Zum Geschäftsbericht wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 17. Februar versammelten Generalversammlungsdelegierten erkennen aus dem vom Kollegen Richter vorgetragene Geschäftsbericht, daß Geschäftsleitung, Betriebsräte und alle anderen Verbandsfunktionäre im Jahre 1922 ihre Pflicht getan haben. Alle Anwesenden versprechen, auch im gegenwärtigen Geschäftsjahre im gleichen Sinne weiterzuarbeiten.“

Folgende Anträge wurden angenommen: „Die Generalversammlung der Filiale Neugersdorf ersucht den Verbandsvorstand, beim Vorstand des ADGB. allen Einfluß geltend zu machen, daß dieser in noch weit energischerer Art sich bei den zuständigen Regierungsstellen für eine wirksamere Bekämpfung der Ausweitung der breiten Volksmassen einseht.“

„Die Generalversammlung beschließt, ab 10. Beitragswoche (1. März) wird neben dem regulären Verbandsbeitrag ein Lokalzuschlag von 50 M. auf jede Beitragsmarke erhoben. Heimarbeiter und Invalide zahlen weiter wie bisher 10 M. Lokalzuschlag pro Marke. Die Generalversammlung ermächtigt ferner die engere Ortsverwaltung, den Lokalzuschlag in seiner Höhe jeweils den notwendigen Bedürfnissen und der Geldentwertung und der Lohnhöhe festzusetzen.“

„Kollege Hübner ist endgültig nun als Angestellter für Innendienst, gemäß § 3 des Anstellungsvertrages, zur Wiederwahl zu stellen.“

Kollege Hofsfeld schlug vor bei der nächsten Zusammenkunft innerhalb des Gaus zu versuchen, die Lokalzuschläge für den ganzen Bezirk Ostfachsen gleichmäßig festzusetzen. Der Vorschlag fand ebenfalls Annahme.

Reichenbach i. Schlef. In diesen Tagen blicken zwei Kollegen auf eine dreißigjährige Mitgliedschaft im Verbands zurück. Am 25. Februar 1893 wurde die Filiale Reichenbach unseres Verbandes gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde damals Kollege Julius Hille gewählt, welcher bis zum Jahre 1899 unter den schwersten Verhältnissen die kleine Ortsgruppe leitete. Er hat sich nicht beirren lassen — trotz Unternehmerrückwärtigkeit und Politikschikanen. Raum gegründet, wurde die Ortsgruppe polizeilich geschlossen — ganz ungerechtfertigt. Auf Betreiben Hilles hin konnte sie wieder geöffnet werden. In schwieriger Kleinarbeit wurde die Bewegung weiter-

geführt, bis im Jahre 1899 bei Beendigung eines Streiks 50 Kollegen auf der Strecke blieben, darunter auch Hille, welcher nach Hannover verzog, wo er heute noch wirkt. Die Reichenbacher Kollegen gedenken dankend ihres alten Kampfgenoßen. — Zu gleicher Zeit gedenken wir auch unseres Kollegen Eduard Brigg, welcher am 5. März 1893 Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Vangenbielau wurde und seit vielen Jahren in Reichenbach tätig ist. Kollege Brigg hat alle trüben und lichter Stunden in der damaligen schwierigen Zeit mit durchlebt, ist aber an seiner Ueberzeugung nie wankend geworden. Heute kann er mit Stolz auf eine 30jährige gewerkschaftliche Tätigkeit zurückblicken in dem Bewußtsein, daß die Saat, die vor 30 Jahren gesät worden ist, nun reiche Früchte trägt. — Die Filiale Reichenbach wünscht den zwei treuen Kollegen, daß sie noch viele Jahre in der besten Gesundheit mit allen treuen Kampfgenoßen für die Allgemeinheit zu wirken imstande sein werden.

Zittau. Die Generalversammlung der Textilarbeiter wurde Sonntag, den 18. Februar, im „Schwarzen Adler“ bei fast vollzähliger Teilnahme der Delegierten abgehalten. Der Geschäftsbericht des Kollegen Jochmann wie der Agitationsbericht des Kollegen Kunze zeigte, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Fülle von Arbeit geleistet worden ist. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Geschäftsleitung anerkannt. In Referaten der Kollegin Klement, Kollegen Jochmann und Bachmann wurde die Organisation der Frauen- und Jugendbewegung behandelt. Nach längerer Aussprache beschloß man, von der 9. Woche ab den Lokalzuschlag auf 50 M. festzusetzen und den Unterklassierten 3 Proz. der Einnahme als Entschädigung zu gewähren. Nach der Wahl der Revisoren und Kontrolldelegierten wurden noch die Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung aufgestellt.

Zwickau. Das Mitglied Adolf Dressel, geb. 16. September 1849 zu Falkenstein, eingetretten daselbst am 26. Februar 1898, hat auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückzublicken. Wir bringen dem Subilar unsere herzlichsten Glückwünsche dar.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 11. März, ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Die Ortsverwaltungen sind gebeten, bei Rücksendungen von Beitragsmarken an die Zentrale stets eine Aufstellung über Anzahl und Wert der Marken der Sendung beizulegen.

Der Vorstand.

Breslau. Else Wanka; Mathilde Januar.

Chemnitz. Ernst Ottomar Steinhilber; Helene Friedrich; Amalie Neubert; Anna Schaaf; Frieda Ella Täubner; Emma Demmler.

Dresden u. Umg. Ernst Kühn; Meißner; Helene Weiste, Meißner; Emma Seydler, Leuben.

Ebingen. Dithilde Schick.

Eilenburg. Wilhelm Baum.

Freiburg (Schl.). Pauline Kohnen.

Hainichen. Heinrich Delsner; Johann Wepreck; Anna Ulbricht; Käthe Tröber.

Heidenheim a. Brenz. Frieda Schnauer; Anna Junfer; Michael Bühl; Mergelstetten.

Herzberg a. S. August Göbcke.

Landeshut i. Schl. Ida Wirth; Anna Beer; Anton Bialas, Bolkshain.

Lauban. Anna Schmidt; Anna Adam.

Lengsfeld i. B. Marie Anna Seidel; Anna Rehner; Erna Erler; Emil Seidel; Albert Heber; Franz Fickewirtz; F. Döhler; Fritz Otto.

Malsow i. Meckl. Fritz Martens.

Mittelschlag. Bernhard Werner.

M.-Gladbach-Rheydt. Johann Müller; Frau Anna Boden; Frau Bih; Dittlie Meyer; Frau Conrad Bohnen; Frau Bovenberdt; Karl Kremers; Lorenz Dahmen; Ernst Tilt; Heinrich Dohmen; Heinrich Schmitz.

Neurode. Wilhelm Drechsler; Anna Mandig; Friedrich Klar; Georg Enders; Wilhelmine Wilhelm.

Neufalz (Ober). Friedrich Dorn; Wilhelm Goltsch; Albert Gierach.

Plauen i. B. Ella Ida Woffrum; Witba Wagner; Max Scholtis; Toni Balthar.

Rattingen. Gertrud Bielemann.

Reichenbach i. B. Anna Pohlmann.

Ronneburg. Paul Kluge; Elisabeth Bärthel.

Thalheim i. Erg. Meta Scheiber.

Denau. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Leisnig. Freitag, 16. März, abends 7½ Uhr, bei Schab, Neue Sorge.

Berlin. Dekatore. Jeden Freitag nach 1 und 15. von 4 bis 5 Uhr nachm., Stallschreiberstraße 29, Restaurant Schulz; Jahlung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Wachen. Heinrich Schneider.

Augsburg. Georg Kröppel; Michael Heingelmann; Luise Fehrenbach.

Buchholz, Annaberg u. Umg. Albin Reinhold; Andreas Gschwilt; Ernst Paul Richter, Annaberg; Paula Hedwig Müller, Mitteldenu.

Betrifft die Unterrichtskurse in Frankfurt am Main, Berlin und Düsseldorf.

Zum Besuch vorgenannter Kurse sind folgende Kollegen und Kolleginnen bestimmt worden:

Für Frankfurt a. M.: Heinrich Schmerbach aus Hersfeld und Paul Jung aus Neugersdorf.

Für Berlin: Johanna Mader aus Berlin und Paul Gebauer aus Forst.

Für Düsseldorf: Else Girndt aus Bergneustadt, Filiale Gummersbach, und Paula Mehger aus Spener.

Die Kurse beginnen am 2. Mai. Der Vorstand.

Für süddeutsche Wigogne-Spinnerei wird ein tüchtiger und ein tüchtiger **Arumbler(in)** gesucht. Angebote unter Chiffre **S. V. 924** an die Redaktion dieses Blattes.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 9. März

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Dressel in Berlin, für alles andere: Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!